

1.3.3 Die Geldwertschwankungen

1.3.3.1 Die Inflationsrate

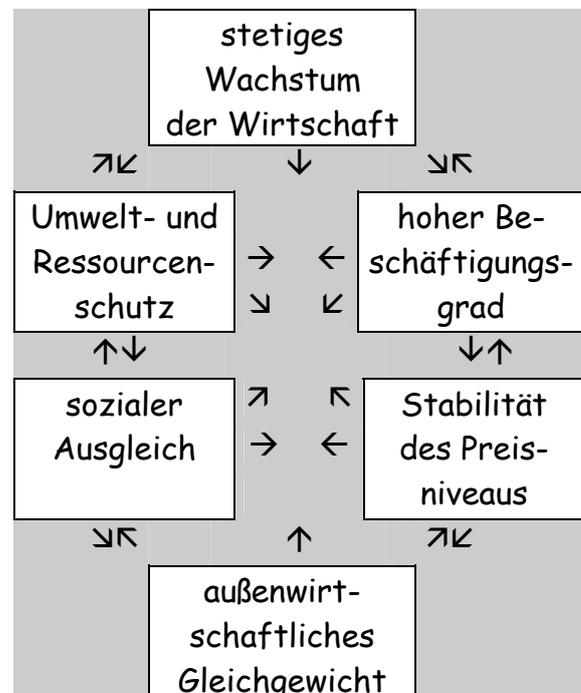
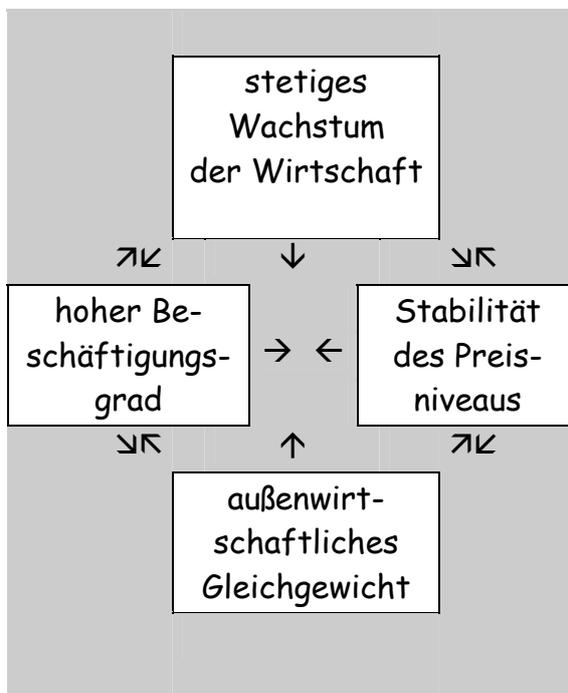
Die Notwendigkeit des Eingreifens der Bundesregierung ergibt sich aus dem Erfordernis, gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Nach dem **Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG)** von 1967 besteht Stabilität, wenn die folgenden vier/ sechs Einzelziele gleichzeitig verwirklicht werden:

„magisches Viereck“

„magisches Sechseck“

(Nur ein Magier ist in der Lage, alle vier/ sechs Ziele gleichzeitig in wünschenswerter Weise zu realisieren.)



Innerhalb des magischen Vierecks sind einzelne Ziele unvereinbar, andere ergänzen sich.

Mögliche Zielkonflikte ergeben sich aus dem gleichzeitigen Streben nach

- Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Vollbeschäftigung
- Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum

Die Größen der Stabilitätsindikatoren sind nicht im Gesetz festgelegt. Sie müssen Anfang jedes Jahres im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung quantifiziert werden.

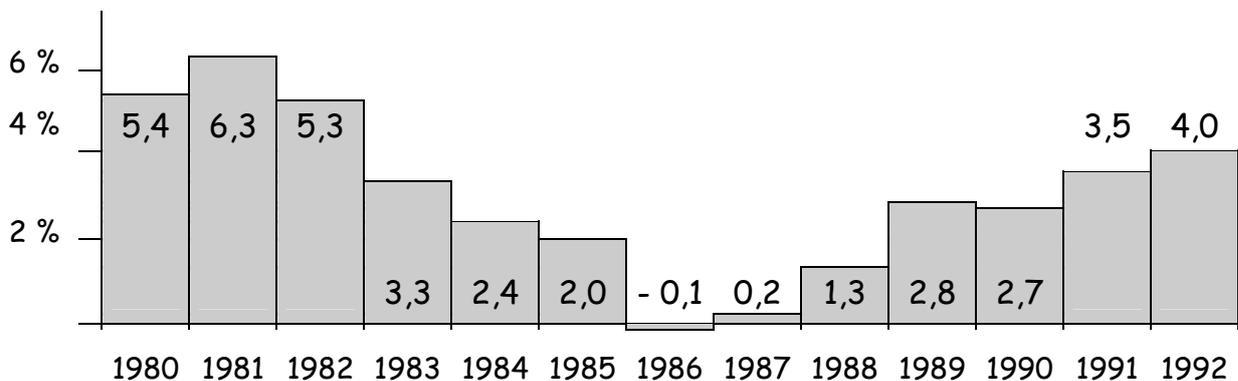
61.) Was bedeutet Preisniveaustabilität?

- 1 Die Lebenshaltungskosten bleiben unverändert.
- 2 Die Preise für Güter und Dienstleistungen bleiben konstant.
- 3 Die Preise für Güter und Dienstleistungen ändern sich.
- 4 Die Kaufkraft des Geldes bleibt konstant.
- 5 Die Kaufkraft des Geldes erhöht sich.



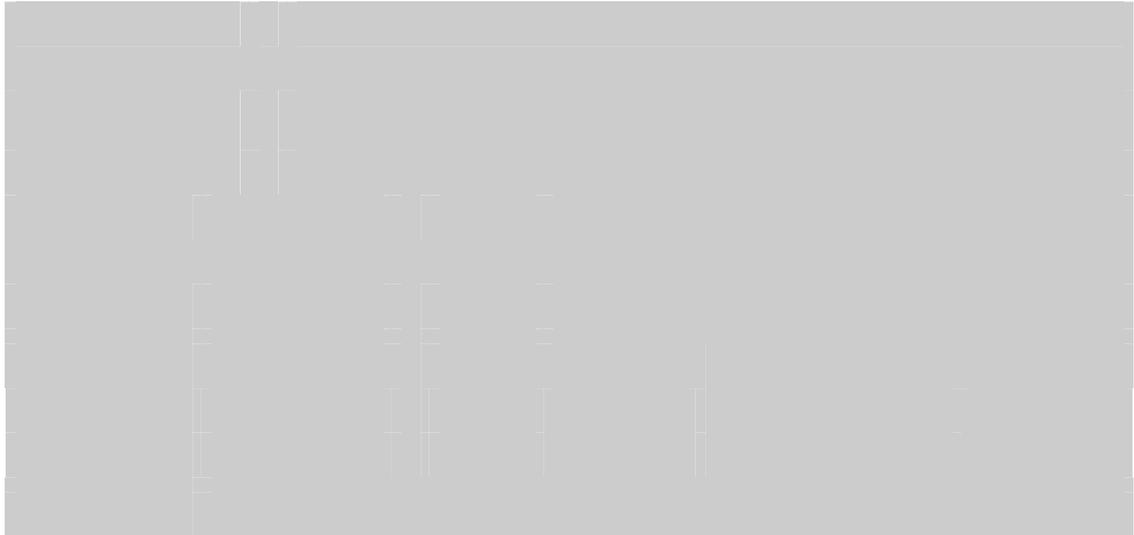
Maßgeblicher Indikator für das Preisniveau ist die **Inflationsrate**:

→ Folie „So kletterten die Preise, Deutschland 2005“, Zahlenbilder 293 652

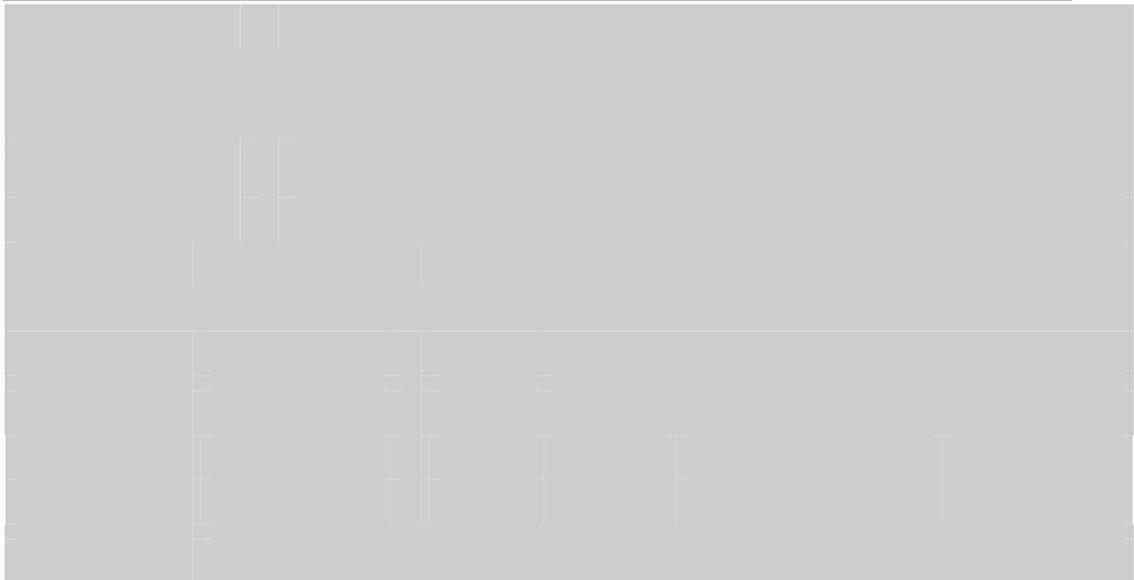


- Hinweise:
- Die Inflationsrate wird ermittelt auf der Basis des Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte. (vgl. „Der Warenkorb“)
 - Ungleichgewichte im Geldwert führen zur **Inflation** (Geldwert sinkt) und zur **Deflation** (Geldwert steigt).
 - Geringe Inflationsraten (in der Größenordnung bis max. 3 %) werden in der praktischen Wirtschaftspolitik noch als mit einem stabilen Preisniveau vereinbar angesehen.
 - 1986 gab es in der BRD den seltenen Fall einer Deflation, als sich das Preisniveau ggb. dem Vorjahr um 0,1 % verringerte. Dies wurde begünstigt durch fallende Erdölpreise bei einem gleichzeitig abschwächenden Dollarkurs.

62.) Ermitteln Sie für den angegebenen Zeitraum den Kaufkraftverlust!
(1979 = 100 %)



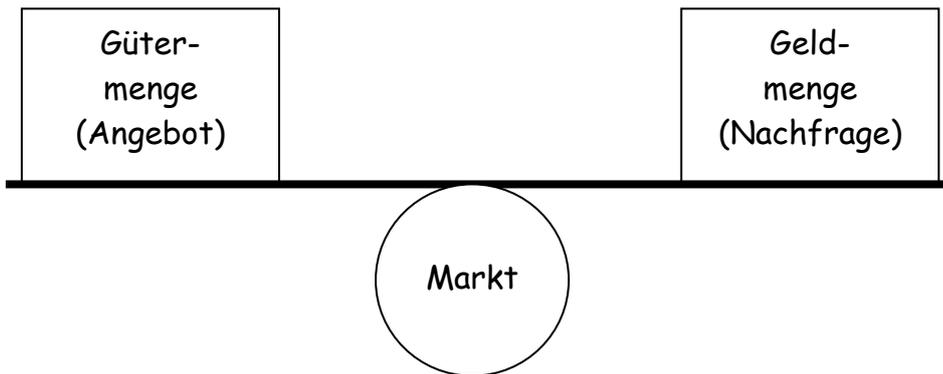
63.) Ermitteln Sie den Kaufkraftverlust in den letzten 10 Jahren!



64.) Welche Aussage über die **Kaufkraft** ist richtig?

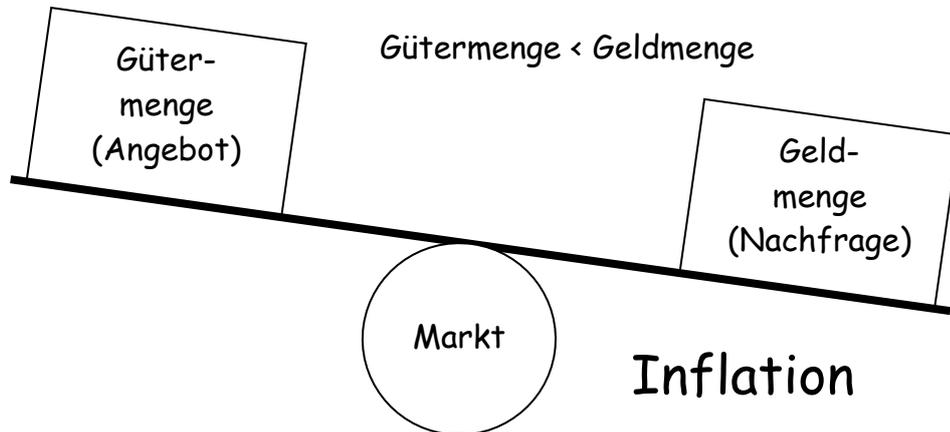
- 1 Steigen die Preise, dann nimmt die Kaufkraft zu.
- 2 Fallen die Preise, dann nimmt die Kaufkraft ab.
- 3 Die Kaufkraft drückt aus, welche Gütermenge für einen Geldbetrag gekauft werden kann.
- 4 Die Kaufkraft wird mit der Währungsunion in allen Ländern gleich groß.
- 5 Die einzelnen Länderparlamente legen die Kaufkraft fest.

Gütermenge = Geldmenge

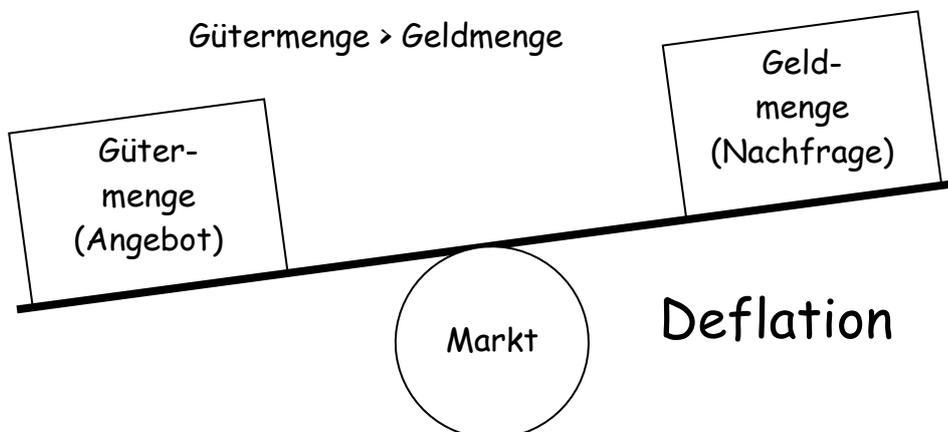


stabiler Geldwert und gleich bleibende Kaufkraft

Gütermenge < Geldmenge



Gütermenge > Geldmenge



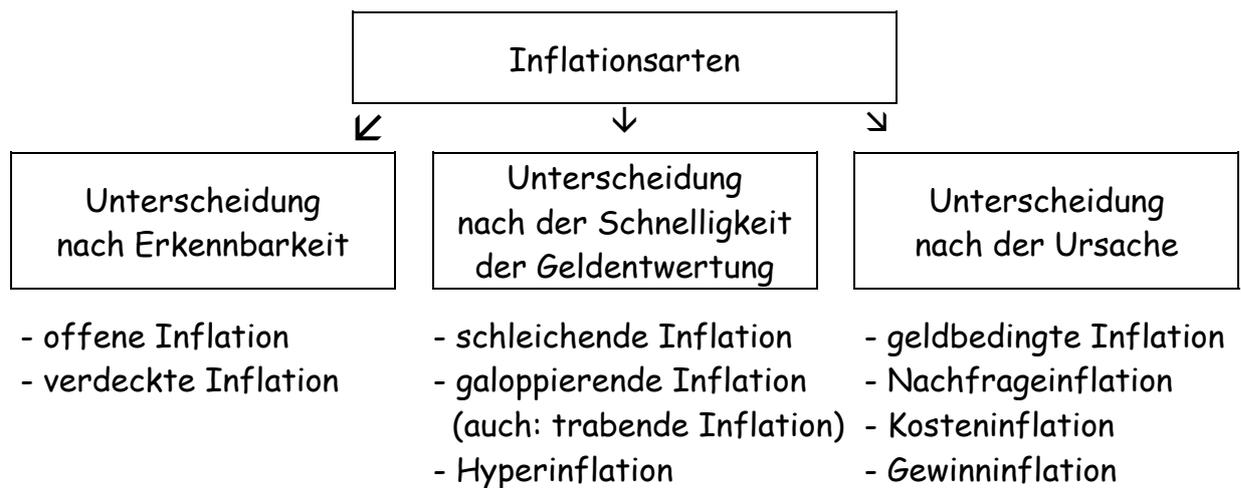
1.3.3.2 Die Inflation

→ Folie "Inflation überholt Zinsen"

Inflation ... ist die Überversorgung der Volkswirtschaft mit Geld.
("Aufblähung" der Geldmenge)

... erhöht die Geldmenge über das zum Güterumsatz erforderliche Maß. (Gütermenge < Geldmenge)

... ist das ständige Ansteigen des Preisniveaus.
(ständiges Sinken der Kaufkraft)



offene Inflation Preissteigerungen sind für alle Wirtschaftssubjekte sichtbar, erkennbar (z. B. Inflation in Deutschland 1923: unmäßige Geldmengenvermehrung durch damalige Regierungen)

→ Folie

	Zahlungsmittel- umlauf in Mrd. Reichsmark	Dollarkurs in Reichsmark
Kriegsausbruch 1914	etwa 6,0	4,20
Ende Januar 1919	23,6	8,57
Ende Dezember 1919	35,7	49,80
Ende Dezember 1920	68,8	74,50
Ende Juli 1921	77,4	81,00
Ende Dezember 1921	113,7	190,00
Ende April 1922	140,4	283,00
Ende Juli 1922	189,8	644,00
Ende Dezember 1922	1.280,1	7.260,00
Ende Januar 1923	1.984,5	41.500,00
Ende März 1923	5.517,9	21.100,00
Ende Mai 1923	8.563,7	74.750,00
Ende Juli 1923	43.594,7	1.100.000,00
Ende September 1923	28.228.815,5	242 Mio.
09.10.1923		über eine Mrd.
20.11.1923	400.267.640.301,9	4,2 Billionen

Briefporto: 15.01.	50 RM	10.10.	5 Mio. RM
	100 RM	30.10.	10 Mio. RM
	300 RM	01.11.	100 Mio. RM
	1.000 RM	05.11.	1 Mrd. RM
	20.000 RM	12.11.	10 Mrd. RM
	75.000 RM	20.11.	20 Mrd. RM
	250.000 RM	26.11.	80 Mrd. RM
	2 Mio. RM		

Auf dem Höhepunkt der Geldentwertung arbeiteten 30 Papierfabriken und 133 Druckereien mit mehr als 1.700 Notenpressen Tag und Nacht allein für den Banknotendruck! → Folie „Bargeldtransport“

Die Entwicklung der Kurse am Devisenmarkt war nur Symptom und nicht die Krise selbst. Der Keim für die schwerste Inflation der Geschichte wurde bereits in den ersten Kriegstagen gelegt. Schon einen Tag vor Ausbruch des 1. Weltkrieges im August 1914 wurde die Verpflichtung der Reichsbank aufgehoben, Banknoten auf Verlangen jederzeit in Gold einzulösen. Damit war der Damm gegen eine inflatio-

näre Ausweitung der Geldmenge gebrochen. Die Reichsbank brauchte keine Angst mehr vor einem Ausverkauf ihrer Goldreserven zu haben.

Da es die Reichsregierung nicht wagte und nicht für nötig hielt, die Kriegsausgaben mit Steuern zu finanzieren - die sollten später die Besiegten zahlen - wurden die Notenpresse in Gang gesetzt und Anleihen ausgegeben, die in vaterländischer Begeisterung gekauft wurden. Der Staat verpflichtete sich, die Anleihen zu verzinsen und später zurückzuzahlen. Er gaukelte den Bürgern vor, der Krieg sei ein Geschäft, an dem auch „die kleinen Leute“ verdienen könnten. Doch der Staat tat genau das Gegenteil dessen, was ein solider Geschäftsmann mit geliehenem Geld tut. Statt es produktiv anzulegen, wurde es im wahrsten Sinne des Wortes auf den Schlachtfeldern verpulvert, wurden Kanonen, Granaten und der schmale Sold für die Soldaten finanziert. Das fehlende Geld ließ der Staat einfach nachdrucken.

Während des Krieges stiegen die Preise nur mäßig, weil das Geld für die erhoffte schöne Zeit nach dem Sieg gehortet wurde. Ende 1918 war dieser Traum ausgeträumt, die enttäuschte Bevölkerung war nicht mehr bereit, Staatsanleihen zu kaufen. Wieder wagte es die Reichsregierung nicht, die Steuern zu erhöhen, ... und betätigte die Notenpresse.

Die ständige Geldvermehrung sowie die Reparationszahlungen führten in den ersten Nachkriegsjahren zu starken Preissteigerungen und Wertverlusten der Reichsmark (siehe Dollarkurs).

Der Todesstoß wurde der inflationären Reichsmark versetzt, als der französische Regierungschef Raimond Poincaré fürchtete, Deutschland verzögere die Reparationszahlungen (insgesamt 154 Mrd. Reichsmark Kriegsschulden!), und am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet - Herz der deutschen Industrie - als "produktives Pfand" besetzen ließ. Darauf legten Arbeiter, Beamte und Angestellte einmütig die Arbeit nieder. Das Deutsche Reich musste - trotz völlig zerrütteter Finanzen - die Millionenbevölkerung des Ruhrgebietes durch Hilfszahlungen vor dem Verhungern schützen. Da die Reichsregierung nun erst recht nicht wagte, in dieser Notsituation die Steuern zu erhöhen, ließ sie die Notenpresse noch schneller laufen ...

Auf dem Höhepunkt dieser akuten Krise um die Reichseinheit vergrößerte sich die Bereitschaft zur Errichtung einer Militärdiktatur. So wollte Adolf Hitler mit seinem Putschversuch vom 8./9. November 1923 die chaotische Lage in seinem Sinne ausnutzen.

Mit der Währungsreform am 15.11.1923 trat eine neue Währungsordnung in Kraft, die Reichsregierung bereitete dem Spuk endlich ein Ende. Der neue Finanzminister Hans Luther (1879 - 1962), beraten vom späteren Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht (1877 - 1970) und dem zurückgetretenen Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding (1877 - 1941), strich 12 Nullen vom Geldwert. Die alten Scheine verloren ihre Gültigkeit und wurden im Verhältnis eine "Rentenmark" zu einer

Billion Reichsmark eingezogen, die Notenpressen wurden gestoppt. Es wurde eine streng begrenzte Menge neuen Geldes ausgegeben, deren Wertsicherung der gesamte deutsche Grundbesitz war. Der Kurs für einen Dollar wurde auf 4,2 Billionen Papiermark (= 4,20 Rentenmark) festgesetzt. Weil nicht genügend neue Rentenmarkscheine zur Verfügung standen, liefen einige Notgeld- und Inflationsscheine, zumeist wertbeständiges Notgeld, noch bis Mitte 1924 um.

Ergo: Während die Inflation für Millionen Menschen ein traumatisches Erlebnis war, gab es auch Gewinner. Die Reichsbank stellte der Industrie laufend kurzfristige Kredite aus der vermehrten Banknotenausgabe zur Verfügung. Dadurch konnten viele Unternehmen ihren Besitz mithilfe der fortschreitenden Geldentwertung erweitern. So baute der Großindustrielle Hugo Stinnes (1870 - 1924) durch die Aufnahme hoher Schulden ein Wirtschaftsimperium auf. Gemäß dem Grundsatz „Mark = Mark“ wurden Kredite, die in höherwertigem Geld aufgenommen worden waren, etwas später mit entwertetem Geld zurückgezahlt. Schulden lösten sich im Nichts auf. Der Stinnes-Konzern umfasste schließlich 1.535 Unternehmen mit 2.888 Betriebsstätten von der Rohstoffförderung bis zur Fertigproduktion. Ein noch größerer Gewinner war jedoch der Staat. Die Kriegsschulden betragen bei der Währungsumstellung am 15. November 1923 nur noch 16,4 Pfennige. Am Ende der Inflation war der Papierwert der bisherigen Geldscheine größer als die Kaufkraft ihres Nennwertes. So nutzten viele die Scheine zweckfremd und überdruckten sie zu Eintrittskarten, Mitglierausweisen, Quittungen oder Festtagsglückwünschen.

→ Folie "Mitschuldig waren die Siegermächte ..."
aus: "Volkswirtschaft - Lehre und Wirklichkeit", Seite 171,
von Studienprof. Willi Frank
Winklers Verlag, Darmstadt, 58. Auflage, 1980

- verdeckte I.
- Staatliche Höchst- und/oder Mindestpreise, die aber nicht den tatsächlichen Marktverhältnissen entsprechen.
 - Das Preisniveau wird kaum beeinflusst.
 - Konsumenten können wegen des Nachfrageüberschusses die Güter nicht zu den "normalen" Preisen kaufen.
 - Staat muss rationieren, Lebensmittelkarten und Bezugsscheine ausgeben.
 - z. B.: Inflation in Deutschland 1939 bis 1948
 - Preise und Löhne wurden durch den Staat vorgeschrieben
 - "schwarze Märkte" entstanden, auf denen die Waren gesetzwidrig zu Wucherpreisen gehandelt wurden
 - Schwarzmarktpreise 1947 (in Reichsmark):

Berlin im März 1947		Stuttgart im März 1947	
20 Zigaretten	150	20 Zigaretten	85
1 kg Kaffee	1.100	1 kg Kaffee	600
$\frac{3}{4}$ Liter Schnaps	150	1 Liter Schnaps	300
1 Ei	12	1 kg Zucker	170
		1 kg Mehl	45

In Deutschland gab es zwischen 1933 und 1948 eine verdeckte Inflation. Ursache war der verständliche Wunsch, die schlimmste Begleiterscheinung der Weltwirtschaftskrise zu bekämpfen: die Millionenarbeitslosigkeit. Die aktive Beschäftigungspolitik begann 1932 nach dem Regierungsantritt von Papens. Sein Programm umfasste öffentliche Aufträge in Höhe von 300 Mio. Reichsmark, jeweils 400 Reichsmark Lohnprämie an die Unternehmen für jeden zusätzlich eingestellten Arbeiter und Steuergutscheine für Unternehmen. Damit waren schon vor dem 30. Januar 1933 die konjunkturpolitischen Weichen gestellt! Die wichtigsten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen danach waren ...

- die Aufhebung der Kfz.-steuer für Neuwagen (April 1933),
- die Subventionierung von Tiefbauarbeiten der Länder und Gemeinden,
- die Subventionierung von Baumaßnahmen an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden,
- die Gewährung von Baudarlehen an Gebietskörperschaften,
- die Gewährung von Ehestandsdarlehen zum Kauf von Möbeln und Hausrat,
- Steuerbegünstigungen für Ersatzinvestitionen,
- Steuerermäßigungen für die Beschäftigung von Hausangestellten
- der Beginn des Autobahnbaus.

Zahl der Arbeitslosen: rund 6 Mio. (Januar 1933)
 2,3 Mio. (Oktober 1934)
 1,8 Mio. (Oktober 1935)
 rund 1 Mio. (Oktober 1936)

Ab Frühjahr 1934 wurde die Politik der Anregung der privaten Investitionstätigkeit immer mehr zugunsten steigender Rüstungsausgaben aufgegeben. Als die zunehmenden Rüstungsausgaben stärkere inflationäre Erscheinungen erwarten ließen, wurde im November 1936 ein allgemeiner Preisstopp verfügt. Dieser Preisstopp lief auf ein Blockieren des Preismechanismus hinaus.

→ Folie „Vertrauliche Reichsbanksache vom 7. Januar 1939“

Am 17.08.1939 wurde durch die "Verordnung zur Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs" ein Bezugsscheinsystem für alle wichtigen Konsumgüter eingeführt. Bekleidung, Lebensmittel und Brennstoffe konnten von der Bevölkerung nur noch in zugeteilten Mengen erworben werden. Die überflüssige Kaufkraft wanderte auf Sparkonten, wurde in Lebensversicherungen eingesetzt oder in vom Staat inszenierten Spendenaktionen abgeschöpft. Zur Finanzierung der Kriegskosten bediente sich die damalige Reichsregierung der Notenpresse. Vom 31.07.1936 bis zum 07.03.1945 stieg der Banknotenumlauf von 4,5 auf 56,4 Mrd. Reichsmark.

Nach dem Krieg waren große Teile des Produktions- und Transportapparates zerstört, umfangreiche Betriebsmittel wurden durch die Besatzungsmächte demontiert. Dem stand ein riesiger Nachholebedarf an Konsumgütern gegenüber. Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zwang die Besatzungsregierungen, vorläufig das Bezugsscheinsystem und den Preis- und Lohnstopp beizubehalten. Das Aufblühen von Schwarzmärkten konnten sie nicht verhindern.

Vom 20. Juni 1948 an, dem Stichtag der Währungsreform, wurde das alte Geld aus dem Verkehr gezogen. Natürliche Personen erhielten gegen 60 Reichsmark (Altgeldnoten) einen Kopfbetrag von 40 Deutsche Mark. Wer ein Konto bei einer Bank besaß, erhielt im August 1948 noch einmal 20 DM. Für 100 Reichsmark wurden schließlich 6,50 DM gutgeschrieben. Wer mehr altes Geld besaß, konnte es vernichten.

Alle Spareinlagen und Guthaben wurden im Verhältnis 1:10 umgestellt.

- schleichende I. - verhältnismäßig niedrige, aber lang anhaltende Preissteigerungen
 - Preissteigerungsrate ist nicht höher als Zinssatz für Spargelder
- galoppierende I. - Preissteigerungsrate liegt über dem Zinssatz für langfristige Geldanlagen (ca. 6 bis 8 %), nähert sich einer zweistelligen Zahl.
- Hyperinflation - Preissteigerungsrate liegt über 50 %
 z. B.: Inflation in Deutschland von 1918 bis 1923
 z. B.: Zwischen 1970 (100 %) und 1976 stieg der Preisindex für Lebenshaltung in Uruguay auf 2.179 %, in Argentinien auf 6.539 % und in Chile auf 86.565 %.
- geldbedingte I. - gesamtwirtschaftlichen Nachfrageüberschuss
 - Geldmenge nimmt stärker zu als die Gütermenge
 - Gütermenge kann aber nicht weiter gesteigert werden
- Nachfrage-I. - Staatsausgaben steigen stärker als die Staatseinnahmen
 z. B.: in Kriegszeiten
 - private Investitionsnachfrage ist größer als das Investitionsgüterangebot
 - Exporte sind größer als die Importe (importierte Inflation)
 - privater Verbrauch ist größer als das Konsumgüterangebot
- Kosteninflation - Verteuerung der Produktionsfaktoren:
 Boden: Rohstoffe (Erdölpreise → importierte Kosteninflation)
 Arbeit: Lohn-Preis-Spirale, wenn Löhne schneller als Produktivität steigen
 Kapital: Geräte, Maschinen, Produktionsgebäude usw.
 - Umwälzung der Kosten auf den Preis bei hohem Marktanteil
- Gewinninflation - Unternehmen können bestimmten Gewinnaufschlag festsetzen und den Preis auch auf dem Markt durchsetzen
 - Einflussnahme der Unternehmen auf die autonome Preisbildung (Das Bestimmen der Preise durch Angebot und Nachfrage wird eingeschränkt.)
 - zunehmende Monopolisierung und Marktmacht erleichtern Gewinninflation

Folgen einer Inflation:

- Sparer erleiden Kaufkraftverluste, denn die Zinsen hinken den Preisanstiegen hinterher.
- Bezieher von festen Einkommen (z. B. Miete, Zins) erleiden Kaufkraftverluste, da Inflationsausgleich erst zeitlich später folgt.
- Inflationäre Tendenzen führen zur Flucht in Sachwerte, Preise für Sachwerte steigen noch höher.
- Kleinsparer büßen ihr Vermögen ein.

Unternehmer und Selbstständige haben meist in Sachwerte investiert.

Vermögensverteilung verschiebt sich noch mehr zugunsten der Reichen.

- Geldschuldner sind Gewinner der Inflation, weil der Rückzahlungswert der Kredite sinkt: Staat ist größter Kreditnehmer (jährliche Vermögensumschichtungen zugunsten des Staates in Milliardenhöhe).
- Für Unternehmen erhöht sich zunächst der Gewinn, da die Löhne den Preisen hinterherhinken. Aber die unsichere Zukunftsentwicklung bringt Fehlinvestitionen mit sich: Investitionsneigung nimmt stark ab → Wirtschaftswachstum geht zurück → Arbeitsplatzverluste → sozialer Frieden wird gefährdet.

1.3.3.3 Die Deflation

Der Gegensatz zur Inflation ist die Deflation. Sie ist in den Volkswirtschaften selten.

- Bei der Deflation ... ist das Angebot an Gütern größer als die Nachfrage nach Gütern.
- ... fallen die Preise (anhaltendes Sinken des Preisniveaus).
- ... steigt die Kaufkraft.

Die Deflation kann ausgelöst werden durch

- ... rigoreses Kürzen der Staatsausgaben.
 - Rückgang der Staatsaufträge
 - rigorose Sparmaßnahmen
 - Staatsausgaben < Staatseinnahmen
- z. B.: Die deflationäre Entwicklung in Deutschland 1930 bis 1932 brachte rund 6 Mio. Arbeitslose. Sie entstand dadurch, dass der damalige Reichskanzler Brüning den Staatshaushalt an das durch Exportrückgänge geschrumpfte Handelsvolumen laufend anpasste, indem er die Staatsausgaben drastisch senkte.
- ... pessimistische Zukunftserwartungen der Wirtschaftssubjekte (ausgelöst durch Sparmaßnahmen des Staates oder politische Instabilität).
 - Haushalte konsumieren weniger
 - Unternehmen investieren weniger
- ... Sinken der ausländische Nachfrage nach Inlandsgütern.
 - Preisniveau im Ausland sinkt
 - Außenwert der inländischen Währung steigt
 - abschwächende Konjunktur auf wichtigen Exportmärkten

Die Wirtschaft reagiert wie folgt auf die Deflation:

- Konsumgüternachfrage geht wegen der Einkommensminderung zurück
- die Preise für diese Güter sinken, der Geldwert steigt
- Kaufzurückhaltung der Haushalte (überhöhtes Sparen)
- geringe Investitionsneigung der Unternehmen
- Absatzrückgang
- wirtschaftlicher Abschwung verschärft sich, die Produktion geht zurück
- die Arbeitslosigkeit nimmt zu → Massenarbeitslosigkeit droht
- die Löhne fallen, Einkommen sinken
- der Staat nimmt weniger Steuern ein
- der tatsächliche Wert bestehender Schulden (Kredite) erhöht sich

- Notverkäufe und Flucht aus den Sachwerten erhöhen das Güterangebot
- immer mehr Betriebe müssen Konkurs anmelden
- die gesamte Volkswirtschaft droht zusammenzubrechen
- Gefahr der politischen Radikalisierung

Deflationen im traditionellen Sinne sind heute unwahrscheinlich, da Regierungen erkannt haben, dass die seinerzeitigen Maßnahmen von Brüning wirtschafts- politisch falsch waren.

Mindestlöhne und -preise sichern ein drastisches Sinken des Preisniveaus.

Man spricht heute bereits von Deflation, wenn das Handelsvolumen bei stabilen oder gar steigenden Preisen schrumpft (ist im klassischen Sinne keine Deflation).

	Folgen der Inflation	Folgen der Deflation
Besitzer von Geldvermögen (Sparer und Gläubiger)	Kaufkraftverlust	Kaufkraftgewinn
Geldschuldner	Kaufkraftgewinn	tatsächlicher Wert der Schulden erhöht sich
Besitzer von Sachvermögen	Besitzstandswahrung	Besitzstandswahrung
Staat	profitiert von seiner Schuldnerposition	Wert der Schulden erhöht sich Staat erhält weniger Steuern Sozialausgaben steigen
Wirtschaftswachstum	zunächst: fördernd langfristig: hemmend	kaum Investitionen viele Betriebe gehen konkurs
Arbeitsplatzsicherheit	zunächst: Anstieg, allerdings zu Löhnen mit Kaufkraftverlust langfristig: Arbeitsplatzverluste	Arbeitslosigkeit nimmt zu
↓		↓
sozialer Frieden wird gefährdet		

Lösen Sie folgende Aufgaben:
siehe Arbeitsheft Seiten 54 und 55, Aufgaben 1 bis 5

71.) Ergänzen Sie die folgenden Aussagen um die Verben **steigen** und **sinken**!

	Inflation	Deflation
Wie äußert sich ...	Die Preise Der Geldwert	Die Preise Der Geldwert
Ursachen	Staatsausgaben Die Löhne Die Zinsen	Staatsausgaben Die Löhne Die Zinsen
Auswirkungen	Die Kaufkraft Wert der Sparguthaben Wert der Schulden	Die Kaufkraft Wert der Sparguthaben Wert der Schulden